

Krise und Kontinuität. Französischer Liberalismus und Erster Weltkrieg

Als die internationale Krise des Sommers 1914 in der letzten Juliwoche ihrem Höhepunkt entgegenging, galt die Aufmerksamkeit der französischen Öffentlichkeit nicht in erster Linie der wachsenden Kriegsgefahr am Balkan. Man stand vielmehr unter dem Eindruck einer innenpolitischen Affäre, der ein Kriminalfall mit tödlichem Ausgang zugrunde lag. Am 16. März hatte sich eine Dame Zutritt zum Büro des Chefredakteurs der konservativen Tageszeitung „Le Figaro“ verschafft und den Journalisten nach kurzem Wortwechsel mit mehreren Pistolenschüssen getötet. Was auf den ersten Blick in die Rubrik der Gerichts- und Gesellschaftsnachrichten zu fallen schien, hatte hochpolitischen Charakter, denn bei der Attentäterin handelte es sich um Henriette Caillaux, die Ehefrau eines der profiliertesten liberalen Politiker der Dritten Republik.¹

Der Anlass für den Mord lag in einer heftigen Meinungskampagne, die der „Figaro“ über mehrere Monate hinweg gegen den amtierenden Finanzminister Joseph Caillaux geführt hatte. Seit 1899 wiederholt Kabinettsmitglied und 1911/12 kurzzeitig Ministerpräsident, seit 1913 Parteichef des linksliberalen „Parti républicain radical et radical-socialiste“, stach Caillaux nicht nur aufgrund seiner intellektuellen Brillanz und der bewiesenen Fachkompetenz aus der Masse des politischen Personals heraus. In Lebensführung und Habitus eigenwillig und angreifbar, war er seit 1906 überdies mit dem Anspruch auf Erneuerung des französischen Abgabensystems hervorgetreten. Insbesondere das Projekt der Einführung einer Einkommensteuer hatte ihn vielen seiner ehemaligen Förderer und Weggenossen auf der Rechten und in der republikanischen Mitte des politischen Spektrums entfremdet. Damit nicht genug, hatte er sich die Feindschaft der Pariser Massenpresse aufgrund seiner Verhandlungspolitik gegenüber Deutschland während der zweiten Marokkokrise zugezogen; vor allem auf seiten der nationalistischen Rechten wurde diese als zu nachgiebig, ja als unpatriotisch erachtet. Es war nicht zuletzt diese Einschätzung, die Caillaux' Gegner um Raymond Poincaré, Louis Barthou und Aristide Briand befürchten ließ, dass ein starker Linksliberalismus unter seiner Führung

1 Vgl. zum Mordfall und nachfolgenden Prozess: Charles-Maurice Chenu: *Le procès de Madame Caillaux*. Paris 1960; Peter Shankland: *Death of an Editor*. London 1981; Edward Berenson: *The Trial of Madame Caillaux*. Berkeley/ Los Angeles/ Oxford 1992.

im Begriff stand, zusammen mit den Sozialisten die Umsetzung einer neuen, stärker offensiv orientierten Sicherheitsdoktrin zu torpedieren, die sie selbst anstrebten. Unbegründet waren solche Besorgnisse nicht: Die Verlängerung der Wehrpflicht von zwei auf drei Jahre, die auf deutsche Aufrüstungsanstrengungen antworten sollte, war im Juli 1913 parlamentarisch nur nach heftigen Debatten und mit knappem Abstimmungsergebnis durchzusetzen gewesen. Und wie der Ausgang der Parlamentswahlen vom April/Mai 1914 erneut deutlich machte, konnten die Verfechter einer aggressiveren Außen- und Verteidigungspolitik keineswegs auf eindeutige Mehrheiten in der Bevölkerung rechnen.²

Die Veröffentlichung eines kompromittierenden Briefes aus der Privatkorrespondenz des Ministers durch die Redaktion des „Figaro“ am 13. März 1914 sollte Caillaux daher als Träger eines umfassenderen Politikentwurfs treffen. Nicht zufällig erfolgte die publizistische Kampagne während der komplizierten Senatsdebatten über die Einführung der Einkommensteuer, die unter seiner dominierenden Beteiligung geführt wurden. Dass der Pressecoup auf so fatale Weise wirksam sein würde, war nicht vorherzusehen gewesen. Zwar konnten der Mord an Chefredakteur Calmette und der Rücktritt Caillaux' vom Ministeramt noch am Tag danach die Zweite Kammer nicht daran hindern, das Gesetzesprojekt am 15. Juli endgültig passieren zu lassen.³ Der Parti Radical indes geriet, obschon buchstäblich in unmittelbarer Reichweite der Macht, nur Wochen vor den anstehenden Parlamentswahlen in eine schwere Identitäts- und Führungskrise. Caillaux' berechnete Hoffnungen auf eine neuerliche Ministerpräsidentenschaft im Gefolge des Wahlergebnisses vom April/Mai 1914 zerschlugen sich praktisch über Nacht. Fraglich musste bleiben, inwieweit dies auch für die Zielorientierungen und Werte horizonte eines (links-)republikanischen Politikentwurfs galt, den er und seine Partei vertraten.

Der vorliegende Beitrag wird der Frage nach den Gestaltungschancen liberaler Politik im Frankreich des Ersten Weltkriegs nachgehen. Er stützt sich dabei auf die Beobachtung, wonach das „sehr aktive“⁴ politische Leben der Kriegszeit bislang vorwiegend mit Blick auf die erstarkenden Kräfte an den Flügeln des Spektrums, also die extreme Rechte und vor allem die sozialisti-

2 Vgl. zur Biographie von Caillaux Jean-Claude Allain: Joseph Caillaux: Le défi victorieux, 1863-1914. Paris 1978; Jean-Denis Bredin: Joseph Caillaux. Paris 1980. Immer noch hilfreich auch Rudolph Binion: Defeated Leaders. The political fate of Caillaux, Jouvenel, and Tardieu. New York 1960, S. 17-116. Die Debatten um die „Loi de trois ans“ finden sich eingehend analysiert bei Gerd Krumeich: Aufrüstung und Innenpolitik in Frankreich vor dem Ersten Weltkrieg. Die Einführung der dreijährigen Dienstpflicht 1913-1914. Wiesbaden 1980; Jean-Jacques Becker: 1914: Comment les Français sont entrés dans la guerre. Contribution à l'étude de l'opinion publique, printemps-été 1914. Paris 1977, S. 62-83.

3 Allain: Joseph Caillaux (wie Anm. 2), S. 227-269.

4 Jean-Jacques Becker/Serge Berstein: Victoire et frustrations 1914-1929. Paris 1990, S. 52.

sche Bewegung, untersucht wurde.⁵ Demgegenüber geriet die politische Mitte als Objekt der Forschung deutlich ins Hintertreffen. So dominiert in Darstellungen zur Geschichte der wichtigsten liberalen Gruppierung der Dritten Französischen Republik, des Parti Radical, für die Periode von 1914 bis 1918 nach wie vor jenes Bild des Niedergangs und des Identitätsverlustes, das Serge Berstein in seiner umfangreichen Studie entworfen hat.⁶ Mit diesem Befund korrespondiert die jüngst vorgetragene, zweifellos zutreffende These einer über die späteren Verliererstaaten Deutschland und Österreich-Ungarn hinausreichenden „Krise des Liberalismus“, die bereits vor 1918 unter anderem auch in Frankreich Form angenommen habe.⁷

Im Mittelpunkt der folgenden Analysen wird das Wechselverhältnis von Krisensymptomen *und* Kontinuität stehen. Denn immerhin drängt sich die Beobachtung auf, dass das Ende des Ersten Weltkriegs in Frankreich nicht mit einer Änderung des politischen Systems einherging – und dies ganz im Gegensatz zum Verlauf zurückliegender Kriege und innerer Krisen während des gesamten 19. Jahrhunderts bis hin zur Gründung der Dritten Republik im Jahr 1870.⁸ Die elementare Tatsache, dass Frankreich zu den Siegernationen der „Grande Guerre“ zählte, kann dieses Überleben der liberal inspirierten, demokratischen Republik nur zum Teil erklären. So wird im Folgenden die Frage zu stellen sein, in welcher Weise und wie erfolgreich die liberale Bewegung Frankreichs, die spätestens seit den 1880er Jahren in unterschiedlichem Maße Anteil an der politischen Macht hatte, mit den unerhört neuen Problemstellungen des Krieges und der Kriegsführung umgegangen ist.

Eine methodische Herausforderung liegt dabei darin, den politischen Liberalismus überhaupt als solchen zu identifizieren. Noch für das Frankreich der Dritten Republik mit ihrer stark individualistisch geprägten politischen Kultur entziehen sich politische Kräfte und Persönlichkeiten vor allem in der Mitte

- 5 Vgl. stellvertretend etwa die Schwerpunktsetzung bei Jean-Jacques Becker/Gerd Krumeich: *La vie politique pendant la guerre*. In: Stéphane Audoin-Rouzeau/Jean-Jacques Becker (Hrsg.): *Encyclopédie de la Grande Guerre 1914-1918. Histoire et culture*. Paris 2004, S. 567-580; darüber hinaus seien genannt: Jean-Jacques Becker/Annie Kriegel: *1914. La guerre et le mouvement ouvrier français*. Paris 1964; Annie Kriegel: *Aux origines du communisme français (1914-1920)*. Paris 1964; Eugen Weber: *L'Action française*. Paris 1964; Madeleine Rebérioux: *Le socialisme et la Première Guerre mondiale (1914-1918)*. In: Jacques Droz (Hrsg.): *Histoire générale du socialisme*. Bd. 2 (1875-1918). Paris 1974, S. 585-641; Christophe Prochasson: *Les intellectuels, le socialisme et la guerre 1900-1938*. Paris 1993; Romain Ducoulombier (Hrsg.): *Les socialistes dans l'Europe en guerre. Réseaux, parcours, expériences, 1914-1918*. Paris 2010.
- 6 Serge Berstein: *Histoire du Parti Radical*. Bd. I: *La recherche de l'âge d'or, 1919-1926*. Paris 1980; Jean-Thomas Nordmann: *Histoire des radicaux, 1820-1973*. Paris 1974; dazu auch Serge Berstein/Pierre Milza, *Histoire de la France au XX^e siècle*. Bd. 1. Paris 1999, S. 282; Pierre Lévêque: *Histoire des forces politiques en France*. Bd. 2: *1880-1940*. Paris 1994, S. 95-97.
- 7 Jörn Leonhard: *Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs*. München 2014, S. 758-767, hier S. 758.
- 8 Fabienne Bock: *Un parlementarisme de guerre, 1914-1919*. Paris 2002, S. 9.

des politischen Spektrums vielfach eindeutigen Etikettierungen. Entsprechend lassen sich parlamentarische Mehrheitsverhältnisse oft nur annäherungsweise in Zahlen fassen, und auch die Signatur von Kabinetten erschließt sich gewöhnlich nicht über die Kategorie der Koalitionsregierung, sondern nur durch aufwändige Analysen der personellen „Dosierung“. Um zu tragfähigen Aussagen zu kommen, konzentriert sich diese Arbeit daher in pragmatischem Zugriff auf die beiden wichtigsten liberalen Gruppierungen des Betrachtungszeitraums, den bereits genannten „Parti Radical“ und sein rechtsliberales Pendant, die „Alliance Républicaine Démocratique“.⁹

Um die Notwendigkeit der breiteren Kontextualisierung nicht aus dem Blick zu verlieren, wird sich ein erster Abschnitt mit dem historischen Ort der Liberalen in der politischen Topographie Frankreichs um 1914 befassen (I.). Danach wird es in einem zweiten Teil darum gehen, für die Zeit zwischen 1914 und 1918 die Rolle liberaler Politik im Hinblick auf die Bewältigung von vier Herausforderungen näher zu beleuchten (II.): die Behauptung im Verhältnis zur politischen Macht (1.), die Ausgestaltung von Rechtsstaat und parlamentarischem System unter den Bedingungen des Krieges (2.), die Bestimmung von Kriegszielen gegenüber Deutschland (3.) und die Selbstpositionierung im Hinblick auf den ökonomisch intervenierenden Staat (4.). Ein Fazit (III.) wird wichtige Einsichten zusammenfassen.

I. Liberalismus in Frankreich um 1914

Mit Beginn des Krieges nahmen alle Parteien Frankreichs unmittelbare Einbußen an politischem Einfluss hin. So stimmte die Abgeordnetenversammlung am 4. August 1914 einmütig sämtlichen Regierungsvorlagen zur legislativen Vorbereitung der Kriegsführung und zur Aufnahme von Kriegskrediten zu, vertrat sich auf unbestimmte Zeit und stellte vorerst die Debattentätigkeit im Plenum ein. Anfang September verließen der Staatspräsident, das Kabinett und

9 Siehe hierzu auch Abschnitt I. Vgl. für den Betrachtungszeitraum neben der in Anm. 6 genannten Literatur: Rosemonde Sanson: *L'Alliance républicaine démocratique. Une formation de centre (1901-1920)*. Rennes 2003; Georges Lachapelle: *L'Alliance démocratique*. Paris 1935; Rosemonde Sanson: *Centre et gauche (1901-1914). L'Alliance républicaine démocratique et le parti radical et radical-socialiste*. In: *Revue d'histoire moderne et contemporaine* (demn. RHMC) 39 (1992), S. 493-512; Donald G. Wileman: *L'Alliance républicaine démocratique. The dead centre of french politics, 1901-1947*. Diss. Downsview 1988; ders.: *Caillaux and the Alliance 1901-1912. The evolution of a disillusioned conservative*. In: *Canadian Journal of History* 23/3 (1988), S. 355-373. – Die getroffene Auswahl impliziert die Entscheidung, den französischen Radikalismus für die Zeit seit der Jahrhundertwende dem Liberalismus zuzurechnen. Vgl. dazu Thomas Raithel: *Liberalismus in Frankreich um 1890*, in: *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung* 19 (2007), S. 163-176, hier S. 169.

das Parlament die Hauptstadt und zogen sich nach Bordeaux zurück, um dort den Gefahren eines deutschen Vorstoßes auf Paris zu entgehen.¹⁰

Der Funktionsverzicht der Legislative geschah mit Einverständnis der republikanisch-liberalen Kammermitglieder, und er hatte noch in den ersten Monaten des Krieges durchaus den Charakter eines freiwilligen Rückzugs: Man war sich einig darin, dass „Parteigeist“ und politische Auseinandersetzungen auch in der Volksvertretung zurückzutreten hatten, und dass Armee und Regierung möglichst freie Hand haben sollten, um rasch zum Sieg zu gelangen. Angesichts der dominierenden Überzeugung von der deutschen Kriegsschuld und der Suggestivkraft, die Poincarés Begriffsschöpfung der „Union sacrée“ entfaltete, war diese Haltung kaum überraschend. Dass Frankreich legitime Verteidigungsanstrengungen in einem Krieg unternahm, den Deutschland in zynischer Weise herbeiführe, hatte die radikalsozialistische Parteipresse bereits Anfang August betont.¹¹ Darüber hinaus mochte ein in den Reihen der Liberalen vielfach selbstverständlicher Patriotismus und vor allem die Hoffnung auf einen kurzen Krieg dazu beitragen, eine Politik der dezidierten Kriegsführung akzeptabel erscheinen zu lassen, und zwar auch in den Augen jener linksliberalen Radicaux, die sich noch ein Jahr zuvor als Gegner der „Loi de trois ans“ hervorgetan hatten. Es lag daher in der Akzeptanz des vielberufenen Einheitsgedankens ebenso begründet wie in den Zwängen der einsetzenden Mobilisierungsmaßnahmen, dass Parteiarbeit im liberalen Milieu seit Sommer 1914 außerhalb des engeren Kreises der Parlamentsabgeordneten für geraume Zeit praktisch zum Erliegen kam. Infolge der Einberufungen zum Kriegsdienst, die ab Mitte August fast 3,8 Millionen männliche Franzosen erfassten, wurde den lokalen Wahlkomitees rasch die personelle Basis entzogen. Darüber hinaus trugen der von den Parteiführungen als Devise ausgegebene, bewusste Verzicht auf Parteipolitik, die „trêve des partis“, oder schlichtes

10 Hierzu und zum folgenden Becker/Berstein: *Victoire et frustrations* (wie Anm. 4), S. 9-152; Jean-Marie Mayeur: *La vie politique sous la Troisième République 1870-1940*. Paris 1984, S. 233-250; Jean-Jacques Becker: *Frankreich*. In: Gerhard Hirschfeld/ Gerd Krumeich/ Irina Renz (Hrsg.): *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*. Paderborn u.a. 2009, S. 31-43; Raithel: *Liberalismus in Frankreich* (wie Anm. 9).

11 *Journal Officiel de la République Française* (JO). *Chambre des Députés. Débats parlementaires*. Séance du 4 août 1914, S. 3109-3120, hier S. 3111; *Le Radical*, 1.8.1914. Zu den Reaktionen in der deutschen und französischen Öffentlichkeit während der Julikrise: Thomas Raithel: *Das „Wunder“ der inneren Einheit. Studien zur deutschen und französischen Öffentlichkeit bei Beginn des Ersten Weltkrieges*. Bonn 1996, S. 139 ff., bes. S. 212-221. Zur Charakteristik der „Union sacrée“ auch: Leonard V. Smith/Stéphane Audoin-Rouzeau/Annette Becker (Hrsg.): *France and the Great War, 1914-1918*. Cambridge 2003, S. 25-30. In vergleichendem Zugriff Wolfram Pyta/Carsten Kretschmann (Hrsg.): *Burgfrieden und Union sacrée. Literarische Deutungen und politische Ordnungsvorstellungen in Deutschland und Frankreich 1914-1933*. München 2011.

Desinteresse vor Ort das Ihre dazu bei, dass vorhandene Strukturen sich lockerten oder zerfielen.¹²

Deutlich später als in Deutschland hatte sich das liberale Spektrum Frankreichs erst um die Wende zum 20. Jahrhundert in politischen Parteien organisiert. Den Zugang zur politischen Macht hatte sie indes bereits Jahrzehnte zuvor erlangt. Im Gefolge der Kriegsniederlage von 1870 und der Gründung der Dritten Republik im gleichen Jahr waren die Träger der ehemals liberalen Opposition des Zweiten Kaiserreichs Zug um Zug in Führungspositionen des neuen Staatswesens gelangt. Sie hatten maßgeblichen Anteil an einem konfliktreich verlaufenen Konsolidierungsprozess, der bis gegen Ende der 1890er Jahre zur inneren Stabilisierung der parlamentarischen Republik führte und den „parti républicain“ zur tonangebenden politischen Kraft werden ließ. Wesentliche Etappen auf dem Weg dorthin lagen bereits in der Frühphase des neuen Staatswesens. So endete im Jahr 1877 eine Kraftprobe zwischen Parlament und Staatspräsident, die in Gestalt eines Verfassungskonflikts ausgetragen wurde, zu Ungunsten des Letzteren: Ein wichtiges Residuum aus der Zeit der konstitutionellen Monarchie, das Recht des Staatspräsidenten zur Kammerrücklösung, wurde damit in der politischen Praxis völlig desavouiert und bis 1940 nicht mehr ausgeübt. Das in den Verfassungsgesetzen von 1875 noch angelegte parlamentarisch-präsidentielle Mischsystem verlor seine präsidentiale Komponente weitgehend, das Parlament entwickelte sich zur gewichtigsten Institution im politischen System der Dritten Republik.¹³

Darüber hinaus hatte das liberale Kräftefeld anders als in Deutschland seit den 1870er Jahren einen kontinuierlichen Zuwachs an politischem Gewicht zu verzeichnen. Voraussetzung dafür waren die breiten republikanischen Mehrheiten, die sich in der Abgeordnetenkammer einstellten und seit Mitte der 1880er Jahre verstetigten. Sie bahnten der Durchsetzung des parlamentarischen Systems den Weg und eröffneten zugleich die legislativen Möglichkeiten, um monarchistische Republikgegner aus dem Staatsdienst zu entfernen oder das neue Staatswesen symbolpolitisch zu verankern. Erst jetzt und als Ergebnis eines komplizierten Differenzierungsvorgangs gewann das liberale Lager Frankreichs jene Kontur, die es im Wesentlichen noch um 1914 aufwies. Zwei Strömungen lassen sich feststellen: Als politische Erben der liberalkonservativen Gegner Napoleons III. profilierten sich die „Opportunistes“ oder „Modérés“. Sie erhielten nach der Republikgründung einigen Zulauf von ehemaligen Monarchisten sowie von republiktreuen Katholiken und stellten in der

12 Berstein: *Parti Radical I* (wie Anm. 6), S. 87 f.; Sanson: *L'Alliance* (wie Anm. 9), S. 421-424.

13 Zur Bedeutung der „*Crise du mai 1877*“ im vergleichenden Zugriff: Thomas Raithel: Der preußische Verfassungskonflikt 1862-66 und die französische Krise von 1877 als Schlüsselperioden der Parlamentarismusgeschichte. In: Stefan Fisch/Florence Gauzy/Chantal Metzger (Hrsg.): *Machtstrukturen im Staat in Deutschland und Frankreich – Les structures de pouvoir dans l'Etat en France et en Allemagne*. Stuttgart 2007, S. 29-50.

„Chambre des Députés“ über mehr als eineinhalb Jahrzehnte hinweg bis an den Beginn des 20. Jahrhunderts die stärkste parlamentarische Vertretung. In dieser Position wurden sie von den Radicaux als dem starken linken Flügel des französischen Liberalismus abgelöst. In den späten 1870er Jahren gegründet, nahmen diese für sich in Anspruch, als „Partei des kleinen Mannes“ für die Verwirklichung einer unmittelbaren und menschlichen Demokratie, somit für die Aufhebung der „Antinomie von Demokratie und Macht“ zu stehen.¹⁴ Ungeachtet der gewählten Selbstbezeichnung handelte es sich bei den „Radikal-sozialisten“ freilich weder um eine radikale noch um eine sozialistische Gruppierung. Wie die „Modérés“ beriefen sich die Vertreter des französischen Radikalismus auf den Wertekanon der Revolution von 1789, auf die Prinzipien von Rechtsgleichheit, Privateigentum, sozialer Gerechtigkeit, Laizität und Antiklerikalismus. Eine wichtige konzeptionelle Trennungslinie zwischen den beiden liberalen Hauptströmungen schwächte sich ab, seit die Radicaux ihre Forderung nach Radikaldemokratisierung der französischen Gesellschaft und des politischen Systems zurückstellten, den Verfassungskompromiss von 1875 akzeptierten und damit auch als zunehmend entschiedene Verteidiger des repräsentativen Parlamentarismus auftraten. Um die Jahrhundertwende gehörten die Einführung des imperativen Mandats oder die Abschaffung des Senats nicht mehr zum Kernbestand radikaler Politikziele, wohl aber der unbedingte Vorrang der Volksvertretung im Spiel der Gewalten und die dauerhafte Einhegung der präsidentiellen Macht. Seit sich im Laufe der 1880er Jahre in zunehmendem Maße auch Angehörige der Mittelschichten in den Reihen der „Opportunistes“ politische Aufstiegsmöglichkeiten eroberten und damit die Vorherrschaft der großbürgerlichen Notabeln beendeten, nahmen zudem die sozialhistorisch fassbaren Unterschiede zwischen den beiden Flügeln des französischen Liberalismus deutlich ab.¹⁵

Klarer akzentuiert blieben divergierende Positionen hingegen vor allem im Bereich der Gestaltung sozialökonomischer Fragen und generell auf dem Feld des staatlichen Interventionshandelns. Weithin akzeptiert und aktiv vertreten wurde in beiden liberalen Hauptströmungen ein Leitbild, wonach im neuen Staatswesen die politische und die soziale Emanzipation des Einzelnen Hand in Hand zu gehen hätten. Gesellschaftlicher Fortschritt sollte die Erweiterung von persönlichen Lebenschancen für möglichst breite Schichten mit sich bringen: Den Zugang zur Bildung zu fördern und vor allem den Weg aus der Lohnarbeit zur Selbstständigkeit zu bahnen, machte daher ein Kernelement liberaler Sozialpolitik vor 1914 aus. Während man allerdings in den Reihen der „Opportunistes“ eher auf die Ermutigung zur Eigeninitiative abzielte,

14 Zitat bei Nordmann: *Histoire des Radicaux* (wie Anm. 6), S. 321.

15 Bernstein: *Parti Radical I* (wie Anm. 6), S. 23-86; Raithel: *Liberalismus in Frankreich* (wie Anm. 9); Stefan Grüner: *Paul Reynaud (1878-1966). Biographische Studien zum Liberalismus in Frankreich*. München 2001, S. 25-40, 124-134.

Staatstätigkeit begrenzen und die freie Selbstorganisation der Betroffenen in Genossenschaften und kollektiv finanzierten Hilfskassen fördern wollte, bauten die Radicaux in höherem Maße auf Eingriffe der öffentlichen Hand. Die Einrichtung von Staatsbetrieben in Schlüsselbranchen und die normative Regelung der Arbeitsbeziehungen sowie des Arbeiterschutzes zählten zu den favorisierten sozialpolitischen Instrumenten. Unter dem Vorsitz von Joseph Caillaux nahm der Parti Radical ab 1913 erneut die Einführung der progressiven Einkommensteuer auf die Agenda, womit sich unter anderem die Modernisierung der Staatstätigkeit und die begrenzte Umverteilung des Nationaleinkommens verbinden sollten.¹⁶

Auch die Skepsis gegenüber dem disziplinierenden Anspruch von Parteienformationen war dem französischen Liberalismus seit seinen Anfängen eingeschrieben. Als Teil einer gelebten politischen Kultur war diese Disposition eng verschwistert mit einer dezidiert individualistischen Politikauffassung, die freilich nicht in erster Linie in nationalpsychologischen Eigenarten begründet lag.¹⁷ Erst im Vorfeld der Parlamentswahlen von 1902 waren mit der „Alliance Républicaine Démocratique“ und dem „Parti Républicain Radical et Radical-socialiste“ Gruppierungen gegründet worden, die den Anspruch erhoben, den „gemäßigten“ und den „radikalen“ Flügel des republikanischen Lagers zu repräsentieren.¹⁸ Die Herausbildung straffer Parteistrukturen ging damit jedoch noch bis in die Jahre zwischen den Weltkriegen nicht einher. Weder im Parti Radical noch in der Alliance entstanden vor 1940 Organisationsformen, die an Stabilität und Verbindlichkeit jenen gleichgekommen wären, welche zur gleichen Zeit in linken Gruppierungen oder im deutschen Liberalismus existierten. Während im Parti Radical bereits vor 1914 zumindest Versuche unternommen wurden, die regionale Verankerung zu stärken, eine eigene Parlamentsfraktion zu konstituieren und diese zu disziplinieren, blieb die Alliance zeit ihrer Existenz eine Honoratiorenformation, die vorwiegend als Wahlhilfsorganisation agierte, keine festumrissene Kammerfraktion aufwies und mehr noch als der Parti Radical von einer Gruppe einflussreicher Abgeordneter dominiert wurde. Die für den Parteibildungsprozess in Deutschland während des 19. Jahrhunderts so wichtige Verknüpfung von außerparlamentarischen (Vereins-)Organi-

16 Ausführlich hierzu: Stefan Grüner: Arbeit, Bildung, Alterssicherung. Sozialer Liberalismus im Frankreich der Dritten Republik 1870-1914. In: Detlef Lehnert (Hrsg.): Sozialliberalismus in Europa. Herkunft und Entwicklung im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Wien/Köln/Weimar 2012, S. 269-300; Bredin: Caillaux (wie Anm. 2), S. 67-76.

17 In diesem Sinne argumentiert zeitgenössisch der Politikwissenschaftler André Siegfried: Das heutige Frankreich. Sein Charakter, seine Politik, seine Parteien. Stuttgart/Berlin 1931, S. 39 ff. (frz.: ders.: *Tableau des partis en France*. Paris 1930).

18 Zur innenpolitischen Topographie der frühen Dritten Französischen Republik im Überblick: Jean-Marie Mayeur: *Les débuts de la Troisième République 1871-1898*. Paris 1973.

sationen und parlamentarischen Fraktionen kam vor allem im französischen Rechtsliberalismus bis 1940 nicht in vergleichbarer Weise zustande.¹⁹

Noch am Vorabend des Ersten Weltkriegs wirkte jeder organisatorischen Verfestigung vor allem der habituell gepflegte Selbstbehauptungswille von tonangebenden Parlamentariern entgegen, die um ihre persönliche Unabhängigkeit und um den erworbenen Einfluss fürchteten. Überdies machte sich ein publizistisch hartnäckig vertretener politischer Mythos bemerkbar, der nichts weniger als den Anspruch umfasste, „Partei über den Parteien“ zu sein. Die Vorstellung, wonach die ehemals vermeintlich gegebene Einheit aller Republikaner wiederherzustellen sei, um der politischen Vision von der „wahren Republik“ zum Durchbruch zu verhelfen,²⁰ lebte in beiden liberalen Gruppierungen bis über den Ersten Weltkrieg hinweg fort. Je nach Standpunkt hatte dabei der Parti Radical oder aber die Alliance als Kristallisationskern einer republikanischen Sammlungsbewegung zu fungieren.²¹

Diese grundsätzliche Disposition macht einmal mehr plausibel, warum es französischen Liberalen im Sommer 1914 auch aus Gründen der politischen Teleologie leicht fiel, sich dem Leitbild von der „Union sacrée“ zunächst ohne größere Vorbehalte anzuschließen. Über die gängigen Auffassungen von nationaler Solidarität, notwendiger Selbstverteidigung und patriotischem Zusammenstehen hinaus war im liberalen Milieu ein attentistischer Partei- und politischer Gemeinschaftsbegriff weit verbreitet. Die Einheitserfahrung der frühen Kriegsmonate wurde daher vielfach als Vorentwurf und als Wegbereiter für eine bessere Nachkriegszeit verstanden, in der die politischen „Egoismen von Individuen oder Gruppenvertretungen, Kasten oder Glaubensgemeinschaften“ dauerhaft zurücktreten würden.²²

19 Hierzu für den deutschen Fall eingehend: Dieter Langewiesche: Die Anfänge der deutschen Parteien. Partei, Fraktion und Verein in der Revolution von 1848/49. In: Geschichte und Gesellschaft 4 (1978), S. 324-361.

20 Daniel Mollenhauer: Auf der Suche nach der „wahren Republik“. Die französischen „radicaux“ in der frühen Dritten Republik (1870-1890). Bonn 1997.

21 Vgl. zur Parteiengeschichte Frankreichs, zu jener des Liberalismus und zum deutsch-französischen Vergleich: Rudolf von Albertini: Parteiorganisation und Parteibegriff in Frankreich. In: Historische Zeitschrift 193 (1961), S. 529-600; Stefan Grüner: Zwischen Einheitssehnsucht und Massendemokratie. Zum Parteien- und Demokratieverständnis im deutschen und französischen Liberalismus der Zwischenkriegszeit. In: Horst Möller/Manfred Kittel (Hrsg.): Demokratie in Deutschland und Frankreich 1918-1933/40. Beiträge zu einem historischen Vergleich. München 2002, S. 219-249, hier S. 234-241.

22 So die Stellungnahme von Adolphe Carnot im Rahmen der Umfrage „Vers une France Nouvelle. Enquête sur „La France d’après la guerre““. In: La Renaissance, 1.5.1915, S. 1413-1417, hier S. 1416.

II. Liberale und Krieg

Es zeigte sich rasch, dass die geradezu „spektakulär“ vorherrschende Wahrnehmung von nationaler Einheit, die sich in der französischen Öffentlichkeit des Sommers 1914 feststellen lässt, in einem zunächst latenten, doch dann immer offener zutage tretenden Spannungsverhältnis zur Tatsache fortbestehender und neuer politischer Konfliktfelder stand. Gewiss: Wie ein systematisch angelegter deutsch-französischer Vergleich deutlich gemacht hat, reichte die integrative Kraft gemeinsamer Werte horizonte in Frankreich zu diesem Zeitpunkt tiefer als in Deutschland, während die gesellschaftlichen „Zerklüftungen“ dort weniger gravierend, die politisch umsetzbare Substanz von Einheitsbekundungen hingegen größer waren.²³ Auch verloren zentrale Streitfragen wie die Einführung der Einkommensteuer an Relevanz, welche die Öffentlichkeit über Monate hinweg und noch bis kurz vor Kriegsbeginn bewegt hatten. Demgegenüber trat jedoch neuer politischer Regelungsbedarf in den Vordergrund, dessen Zustandekommen unmittelbar dem Krieg geschuldet war: die Aushandlung der Kräfteverhältnisse zwischen zivilen und militärischen Autoritäten; die Verknüpfung der parlamentarischen Demokratie mit den Erfordernissen effektiver Kriegsführung; die Bestimmung von konsensfähigen Kriegszielen; schließlich die Definition der Rolle des Staates in der Kriegswirtschaft.

Dass diese Problemstellungen die Fähigkeit der republikanisch-liberalen Kräfte zur Selbstbehauptung unmittelbar betreffen würden, lag auf der Hand: Die demokratische Dritte Republik war im Wesentlichen ihre Schöpfung, liberale Prinzipien waren weitgehend durchgesetzt worden, das parlamentarische System trug die Signatur liberalen Selbstbewusstseins und hatte ungeachtet der zahlreichen Regierungskrisen seine Funktionsfähigkeit bewiesen; zudem war der Liberalismus um 1914 nach wie vor als der „wichtigste Anwalt“ des nationalen Gedankens akzeptiert.²⁴ In der Abgeordnetenkammer nahmen republikanisch-liberale Gruppierungen seit Juni 1914 eine starke Position ein: Mit 172 Abgeordneten stellten die Radikalsozialisten die größte Fraktion, gefolgt von den Sozialisten mit 102 Sitzen. Innerhalb der politischen Mitte, die

23 Raithel: „Wunder“ der inneren Einheit (wie Anm. 11), S. 498 u. 505 (Zitate).

24 Hartmut Kaelble: *Nachbarn am Rhein. Entfremdung und Annäherung der französischen und deutschen Gesellschaft seit 1880*. München 1991, S. 66-70, hier S. 67; Raithel: *Liberalismus in Frankreich* (wie Anm. 9), S. 173-175.

177 Abgeordnete zählte, dominierte die Alliance mit annähernd 100 Vertretern, während die Rechte etwa 120 Abgeordnete aufbieten konnte.²⁵

1. Das Verhältnis zur politischen Macht

Inwieweit es gelingen würde, den gegebenen Einfluss liberaler Politik zu erhalten, musste im Sommer 1914 indes durchaus offen erscheinen. Seit der Ministerpräsidentenschaft des radikalen Senators Emile Combes in den Jahren 1902 bis 1905 hatte der Parti Radical die Zusammensetzung und Politik der nachfolgenden Regierungen beeinflusst. Die verfügbaren Regierungsmehrheiten in dauerhafte Ausübung der politischen Macht umzumünzen, gelang jedoch nicht, da es an verlässlichen Parteistrukturen, interner Disziplin und hinreichend machtbewusstem Personal mangelte. Eine erste Zusammenarbeit mit Georges Clemenceau, der zwischen 1906 und 1909 bereits das Amt des Regierungschefs innehatte, erwies sich als eine ambivalente Zerreißprobe: Während sich die Mehrheit der Radicaux dem harten Ordnungskurs Clemenceaus gegen die streikende Arbeiterbewegung anschloss, fürchtete der linke Flügel um den Kontakt zur Arbeiterschaft und tat das Seine dazu, um das Kabinett zu Fall zu bringen. Einen veritablen Einschnitt stellte die Wahl Poincarés zum Staatspräsidenten im Januar 1913 dar. Er war gegen einen radikalsozialistischen Gegenkandidaten überwiegend mit den Stimmen der Rechten und der Mitte gewählt worden, und in der Folge entwickelte sich die Amtsführung des neuen Staatsoberhauptes zur dauerhaften Provokation von großen Teilen des Parti Radical und der Linken. Denn Poincaré trat mit der festen Absicht an, die seit 1877 außer Kurs geratenen Amtsbefugnisse des Staatspräsidenten wieder stärker wahrzunehmen. Er beanspruchte in nationalen politischen Fragen die oberste schiedsrichterliche Autorität, forderte das Recht zur dezidierten Einflussnahme auf die Ernennung des Regierungschefs und nahm die enge Überwachung der Außenpolitik für sich in Anspruch. Zum ersten Mal seit 1901 erachtete sich der Parti Radical daher ab Frühjahr 1913 wieder als in der Opposition stehend: Poincarés Position als führender Kopf der nationalen Rechten war unübersehbar geworden, seine Ernennungspolitik zu eindeutig auf Minis-

25 Aufgrund der starken Fluktuation sowie der schwankenden oder ausbleibenden Selbstzuordnung der Abgeordneten sind eindeutige Zahlenangaben nicht möglich. Die Zusammenstellung folgt der bislang eingehendsten Auswertung des Quellenmaterials bei Bock: *Parlementarisme de guerre* (wie Anm. 8), S. 50 und Sanson: *L'Alliance* (wie Anm. 9), S. 409. Abweichende Zahlen bieten Berstein: *Parti Radical I* (wie Anm. 6), S. 81 sowie Alistair Cole/ Peter Campbell: *French Electoral Systems and Elections since 1789*. Essex 1989, S. 59 f.

terpräsidenten konservativer Couleur ausgerichtet, deren politische Praxis zu „klerikal“ und „unsozial“.²⁶

Die wenigen Monate zwischen Januar 1913 und Frühsommer 1914 markieren daher eine Schlüsselpphase in der Neudefinition der politischen Kräfteverhältnisse: Hatten es Radicaux und Sozialisten unter der Führung Caillaux' noch im Dezember 1913 geschafft, ihre politischen Kräfte zu bündeln, das Kabinett des Poincaré-Vertrauten Louis Barthou zu stürzen und damit zugleich ein Zeichen parlamentarischen Selbstbewusstseins zu setzen, zerstob nur ein Vierteljahr später das Kalkül des Finanzministers und politisch angeschlagenen Poincaré-Gegners auf Übernahme der Ministerpräsidentenschaft. Die politische Distanz zur rechtsliberalen Alliance, der Poincaré und Barthou nahestanden, hatte sich zu einer kaum mehr überbrückbaren Kluft erweitert.²⁷ Wichtiger noch waren die mittelfristigen Konsequenzen, die bis in die politischen Debatten der Kriegszeit ihre Wirkungen entfalteten. Seitens der politischen Rechten sahen sich weite Teile des Parti Radical und insbesondere Joseph Caillaux dauerhaft dem Verdacht zweifelhafter nationaler Zuverlässigkeit ausgesetzt. Das Verhalten der Parteimehrheit in den Debatten um die „Loi de trois ans“ und die publizistischen Anwürfe gegen den Parteichef lieferten hinreichend Munition, um der Öffentlichkeit dieses Bild mit einiger Aussicht auf Erfolg zu vermitteln. In der Wahrnehmung der Radicaux hingegen verknüpften sich die Richtungskämpfe, die in der politisch-militärischen Führung Frankreichs spätestens zur Jahreswende 1914/15 um Grundfragen der Kriegsführung entbrannten, nicht zufällig mit der Sorge um die Funktion des Parlamentarismus und die Gestalt der demokratischen Republik überhaupt.

Auch nach Kriegsbeginn führte an den Radicaux politisch kein Weg vorbei, doch unter den gegebenen Verhältnissen blieben ihre Entfaltungsmöglichkeiten begrenzt. Sie waren in allen Kabinetten, die seit August 1914 unter René Viviani, Aristide Briand, Alexandre Ribot, Paul Painlevé und Georges Clemenceau berufen wurden, zumeist mit mehreren Ministern präsent; damit behielten sie auch zu Kriegszeiten deutlich größeres Gewicht als die Rechtsliberalen der Alliance.²⁸ Der Zugang zum Amt des Regierungschefs blieb ihnen jedoch für die Dauer des Krieges und darüber hinaus bis 1924 verwehrt. Gravierender noch, geriet das Führungspersonal des Parti Radical unter massiven Beschuss. Zunächst traf es Jean-Louis Malvy, der seit August 1914 das Amt des Innenministers wahrnahm. Er wurde beschuldigt, sich gegenüber pazifistischen Meinungskampagnen der Linken zu nachsichtig verhalten und antimilitaristische Pressepublikationen nicht unterbunden zu haben. Im August 1917

26 Charles Bloch: Die Dritte Französische Republik. Entwicklung und Kampf einer parlamentarischen Demokratie. Stuttgart 1972, S. 206-221; Berstein: Parti Radical I (wie Anm. 6), S. 49-86, hier S. 72 (Zitate).

27 Sanson: L'Alliance (wie Anm. 9), S. 384-420.

28 Ebd., S. 424 f.

wurde er nach heftigen Angriffen Clemenceaus im Senat zum Rücktritt gezwungen und ein Jahr später zu fünfjähriger Aberkennung der staatsbürgerlichen Rechte verurteilt.

Als dann im Herbst 1917 weitere Politiker der Radicaux mit Verratsvorwürfen konfrontiert wurden, war auch Caillaux unter ihnen. Er hatte bereits seit 1915/16 wenig Hehl aus seiner Ansicht gemacht, dass ein Verständigungsfrieden mit Deutschland anzustreben sei; seither wurde er als Hauptverfechter dieser Option angesehen. Alleine stand er damit nicht. Dies galt besonders im Krisenjahr 1917, in dessen Verlauf sich die französische Kriegsführung mit militärischen Fehlschlägen, Meutereien in den Reihen der Fronttruppen, Anzeichen von Kriegsmüdigkeit in der Bevölkerung und Streiks in der Kriegsindustrie konfrontiert sah. Einzelne radikalsozialistische Abgeordnete, aber auch exponierte Politiker wie Briand oder Painlevé planten Treffen mit deutschen Gesprächspartnern oder führten über Mittelsmänner erste Kontaktgespräche. Caillaux selbst hatte offenkundig den Meinungsaustausch mit dem deutschen Vertreter in Bern angestrebt. Dass er außerdem Kontakte zu Journalisten unterhielt, die der Spionage beschuldigt wurden, erlaubte es seinen Gegnern, ihn in eine Grauzone von Pazifismus und Landesverrat zu rücken. Ausschlaggebend hierfür war aber wohl, dass er nach wie vor Ambitionen zeigte, eine parlamentarische Mehrheit aus Radicaux und Sozialisten mit dem Ziel zu sammeln, einen Friedensschluss ohne Sieger und Besiegte herbeizuführen. Im November 1917 ins Ministerpräsidentenamt berufen, zögerte Clemenceau nicht lange und ließ seinen politischen Gegner noch im Januar 1918 verhaften. Im April 1920 wurde Caillaux zu drei Jahren Haft und zum zeitweiligen Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt.²⁹

Für den Parti Radical kam diese Wendung einem Debakel gleich, hatte man doch nun nicht nur mit der Gefahr des politischen Bedeutungsverlustes, sondern überdies mit einem nachhaltigen Prestigeschaden zu kämpfen. Die große Mehrheit der Parteimitglieder zeigte denn auch wenig Zeichen von Solidarität mit Caillaux und Malvy: Energische Stellungnahmen zu deren Gunsten blieben aus, einige Radicaux nahmen wie selbstverständlich Ministerämter in der Regierung Clemenceau wahr und radikale Mitglieder des Senats trugen im August 1918 den Urteilsspruch des Gremiums gegen Malvy bereitwillig mit. In der Folge unterstützte die Mehrheit der Radicaux die Clemenceausche Kriegsführung sowohl in der Abgeordnetenversammlung als auch im Senat.

29 Serge Berstein: *Le Parti radical-socialiste durant la Première Guerre mondiale*. In: Patrick Fridenson (Hrsg.): *1914-1918. L'autre front*. Paris 1977, S. 65-79; ders.: *Parti Radical I*, (wie Anm. 6) S. 87-103; Jean-Claude Allain: *Joseph Caillaux. L'oracle (1914-1944)*. Paris 1981, S. 80. Vgl. zu Caillaux auch die Memoiren seines engen Vertrauten: Emile Roche: *Avec Joseph Caillaux. Mémoires, souvenirs et documents*. Paris 1980, S. 37 f.; Guy Pedroncini: *Les négociations secrètes pendant la Grande Guerre*. Paris 1969; Becker/Berstein: *Victoire et frustrations* (wie Anm. 4), S. 104-121.

Das bislang entfaltete Bild eines in sich gespaltenen, von Führungsproblemen oder der Gefahr der politischen Domestizierung geplagten Liberalismus wäre freilich einseitig gewichtet, bliebe die Rolle der Abgeordnetenkommission und ihrer republikanisch-liberalen Mehrheit bei der Gestaltung der Machtverhältnisse zwischen militärischer und ziviler Führung unberücksichtigt. Drei Phasen dieses Verhältnisses lassen sich hierbei unterscheiden: der weitgehende Stillstand parlamentarischer Tätigkeit im Zeichen der „Union sacrée“ bis Ende 1914, die allmähliche Auflösung der seit Sommer 1914 gepflegten parlamentarischen Konsenskultur ab 1915 sowie schließlich die Ära Clemenceau seit Herbst 1917.

2. Parlamentarische Arbeit in Zeiten des Krieges: die Herausbildung eines „Parlementarisme de guerre“³⁰

In der Praxis stellte sich das ostentative Beiseitertreten der Parlamentarier vom 4. August 1914 als keineswegs umfassend und zudem von begrenzter Dauer dar. Zahlreiche Abgeordnete und Senatoren blieben, sofern sie nicht selbst der Mobilmachung unterlagen, in der Hauptstadt, um dort weiteren Einfluss auf die Politik der „nationalen Verteidigung“ zu nehmen. Besonderes Engagement zeigten dabei zunächst die Vertreter der Pariser Wahlkreise und jene der vom Krieg besonders betroffenen nordöstlichen Départements. Als nach einigen Monaten deutlich wurde, dass die Kampfhandlungen kein rasches Ende finden würden, formierte sich breiter Widerstand gegen die Machtfülle, die sich mittlerweile auf Seiten des Militärs angesammelt hatte. So trat die Kommission der Abgeordneten Ende Dezember 1914 wieder zusammen und einigte sich darauf, ab Januar 1915 in Permanenz zu tagen. Zudem wurden per Beschluss vom 23. Dezember Neuwahlen für die Dauer des Krieges ausgesetzt. Erst im November 1919, also mehr als fünf Jahre nach Kriegsbeginn, hat man in Frankreich wieder auf nationaler Ebene gewählt.³¹

Die auf solche Weise verstetigte Legislative und die zivile Exekutive eroberten sich in der Folgezeit entscheidende Mitwirkungsrechte zurück, die bis dahin beschränkt oder verlorengegangen waren. Sonderbefugnisse, die der Armee nach dem Erlass des Belagerungs- und Kriegszustands seit August 1914 zugewachsen waren, wurden auf Druck der republikanisch-liberal dominierten Abgeordnetenkommission wieder zu großen Teilen rückgängig gemacht. In den einschlägigen Parlamentsdebatten setzten sich Kritiker wie der radikalsozialistische Abgeordnete Paul Meunier formal mit der Frage auseinander, wie die

30 Bock: *Parlementarisme de guerre* (wie Anm. 8).

31 Mayeur: *La vie politique* (wie Anm. 10), S. 253-259; Bock: *Parlementarisme de guerre* (wie Anm. 8), S. 49-118.

Aufrechterhaltung des „état de siège“ mit der offenkundigen Rückkehr des Verfassungsorgans Parlament zur Normalität vereinbar sei. Im Kern ging es um die Auslegung der existierenden, bis ins Jahr 1849 zurückreichenden Notstandsgesetzgebung, um die Wahrung von Bürgerrechten in Zeiten des Krieges und nicht zuletzt um die Prärogative der Kammer, autonom über die Gestaltung des Ausnahmezustands zu befinden. Von Belang war dies unter anderem für Präfekten und Bürgermeister, die ihre zwischenzeitlich verlorenen polizeilichen Befugnisse Anfang September 1915 zurückerhielten; betroffen waren darüber hinaus sämtliche Zivilisten, die ab Mitte 1916 der militärischen Gerichtsbarkeit wieder weitgehend entzogen wurden, der man sie seit Kriegsbeginn unterworfen hatte.³²

Insgesamt gelang es der „Chambre des Députés“ zwischen 1915 und 1917, ihren Anspruch auf politische Kontrolle der Kriegsführung sowohl gegenüber der zivilen Exekutive als auch der militärischen Führung durchzusetzen. Der auf diese Weise entstehende „Kriegsparlamentarismus“ war ab 1915 zunächst von der anwachsenden Bedeutung einschlägiger Kommissionen, dann in den Jahren 1916 und 1917 durch die sukzessive Abkehr des Plenums von der Praxis der konsensuell orientierten Debatten gekennzeichnet. Insbesondere die Armeekommissionen der Abgeordnetenkammer und des Senats entwickelten sich zu engagierten Aufsichtsgremien, die eine rege Berichts- und Anhörungstätigkeit entfalteten: Zwischen Dezember 1914 und November 1918 führte die einschlägige Kommission des Senats nicht weniger als 125 „Auditions“ mit Regierungsmitgliedern durch; die „Commission de l’Armée“ der Kammer bat zwischen Januar 1915 und November 1916 den Regierungschef und seinen Kriegsminister 42mal zum Gespräch. Im Jahresverlauf 1916 gelang es, die Entsendung von parlamentarischen Kontrolleuren an die Front oder in die Rüstungsbetriebe zu institutionalisieren und die Armeeführung zu einem Kompromiss über deren Befugnisse zu bringen: Der Verlauf der Schlacht um Verdun und die als defizitär erachteten Verteidigungsvorbereitungen hatten die Volksvertreter entrüstet und das Kriegsministerium nachgiebiger gemacht. Im Ergebnis resultierte aus der forcierten Informationsbeschaffung und -bewertung eine äußerst aktive Meinungsbildung der Parlamentarier über Fragen der

32 JO. Chambre des Députés. Débats parlementaires. Séance du 4 mars 1915, S. 302-305 (Paul Meunier); Becker/ erstein: Victoire et frustrations (wie Anm. 4), S. 52-69.

Kriegsführung, ein Zugewinn von militärischem Wissen und damit auch eine wachsende Autorität gegenüber den Militärs.³³

Die Herausbildung dieses „parlementarisme de guerre“ wurde vor allem von der linksliberalen Mitte und von der sozialistischen Linken der Kammer vorangetrieben.³⁴ Hier war das Bewusstsein für die Wahrung parlamentarischer Rechte besonders ausgeprägt; hier nahm die Bereitschaft, sich seitens der Legislative dem Geist des „Gehorchens und des stillen Opfers“³⁵ anzuschließen, am schnellsten ab. Deutlich stärker gespalten zeigten sich die *Modérés*. Während prominente Mitglieder der Alliance wie Henry Chéron, Pierre-Étienne Flandin und Paul Deschanel die Kommissionsarbeit aktiv mittrugen oder zumindest die Wiederkehr der parlamentarischen Kontrolle befürworteten, gab sich die Parteiführung kritisch. Insbesondere Generalsekretär Charles Pallu de la Barrière wandte sich gegen jegliche Versuche, die Legislative zu Lasten der zivilen Exekutive zu stärken.³⁶ In seiner Argumentation schimmerte ein parlamentskritisch gerichtetes Gleichgewichtsdenken durch, das in der französischen Staatsrechtslehre seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert vorhanden war, noch bevor es Robert Redslob in einer 1918 publizierten, einflussreichen Schrift in einen – sachlich angreifbaren – interpretatorischen Rahmen spannte.³⁷

Durchsetzen konnten sich derart kritische Sichtweisen zunächst nicht. Vielmehr führte die politische Fortentwicklung des „parlementarisme de guerre“ dazu, dass sich zur Jahreswende 1915/16 das parlamentarische Spiel der Vorkriegszeit in seinen Grundzügen wieder einstellte. Die Kontrolltätigkeit der Kommissionen war in der Sicht einer zunehmenden Zahl von Abgeordneten an Grenzen gestoßen, da sie das Dilemma parlamentarischer Arbeit im Krieg nicht lösen konnte: Denn wie sollte man konstruktive Kritik üben und die selbst zugeschriebene Rolle der „beratenden Nation“ auch in Zeiten größter

33 Hierzu und zum Folgenden: Pierre Renouvin: *Les formes du gouvernement de guerre*. Paris 1925; Inge Saatmann: *Parlament, Rüstung und Armee in Frankreich 1914/18*. Düsseldorf 1978; Bock: *Parlementarisme de guerre* (wie Anm. 8), S. 121-274; dies.: *Parlement, pouvoir civil et pouvoir militaire (Allemagne, France, Italie, Royaume-Uni)*. In: Audoin-Rouzeau/Becker (Hrsg.): *Encyclopédie* (wie Anm. 5), S. 495-507; Nicolas Roussellier: *Le Parlement dans la tourmente, 1914-1940*. In: Jean Garrigues (Hrsg.): *Histoire du Parlement de 1789 à nos jours*. Paris 2007, S. 315-336; ders.: *Le Parlement français et la Première Guerre mondiale*. In: *Revue d'histoire politique* 10 (2008), S. 13-30.

34 Vgl. dazu unter anderem die Stellungnahmen des radikalen Abgeordneten Léon Accambray (z.B. JO. *Chambre des Députés. Débats parlementaires. Séance du 15 juillet 1914*, S. 3082) oder des Mitglieds der Kammergruppe „Gauche radicale“, Abel Ferry. Hierzu auch Michel Baumont: *Abel Ferry et les étapes du Contrôle aux Armées, 1914-1918*. In: *RHMC* 15 (1968), S. 162-209.

35 Baumont: *Abel Ferry* (wie Anm. 34), S. 172.

36 Sanson: *L'Alliance* (wie Anm. 9), S. 426 f.

37 Robert Redslob: *Die parlamentarische Regierung in ihrer wahren und in ihrer unechten Form*, Tübingen 1918; dazu Armel Le Divellec: *Robert Redslob, juriste alsacien entre la France et l'Allemagne*. In: *Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart N.F.* 55 (2007), S. 479-507.

Krisen wahren, ohne dem nationalen Zusammenhalt zu schaden oder gar dem Feind ein Bild der Zwietracht zu bieten?

Erneut gab der Verlauf der Schlacht von Verdun den entscheidenden Impuls: Um die Waffe der Interpellationen wieder nutzen zu können, einigte sich die liberal dominierte Abgeordnetenversammlung mit der amtierenden Regierung Briand darauf, im Plenum künftig unter Ausschluss der Öffentlichkeit als „Comité secret“ zu tagen. Zwischen Juni 1916 und Oktober 1917 versammelte sich die „Chambre des Députés“ achtmal, der Senat viermal zu solchen Sitzungszyklen. Mit ihnen nahm nicht nur der parlamentarische Zugriff auf die Machtansprüche des Oberkommandos der Armee neue, energischere Formen an, die bis hin zur erzwungenen Ablösung des Oberbefehlshabers Joffre im Dezember 1916 reichten. Überdies konnten zum ersten Mal seit Kriegsbeginn im Plenum kritische Fragen an die Regierung gerichtet werden. Im Gegenzug wies die Kammer – wiederum vorwiegend auf Betreiben von Linksliberalen und Sozialisten – selbstbewusst ein Gesetzesvorhaben der Regierung zurück, das es erlaubt hätte, wesentliche Aspekte der Kriegsführung über gesetzvertretende Verordnungen („décrets-lois“) seitens des Ministerrats zu regeln. Im Zuge dieser und anderer Debatten taten sich Kontroversen auf, verlagerten sich Mehrheiten, und im Zuge von Regierungskrisen „klassischen“ Stils wurden allein im Jahr 1917 nicht weniger als vier Kabinette gestürzt.³⁸

Es war diese als Systemkrise wahrgenommene Wiederkehr parlamentarischer Gepflogenheiten in Kombination mit den militärischen Rückschlägen des Jahres 1917 und dem Bruch der „Union sacrée“ im Herbst, die Clemenceau den Weg zur Ministerpräsidentenschaft bahnte. Das Ausscheiden der Sozialisten aus der Regierungsverantwortung im September 1917 ebenso wie die Anschuldigungen gegen radikalsozialistische Spitzenpolitiker bereiteten den Weg für eine neue, „zähmere“ und weiter rechts angesiedelte parlamentarische Mehrheit, auf die Clemenceau sich in der Folge dauerhaft stützen konnte. Der langjährige Senator und einflussreiche Publizist hatte sich seit 1914 als schroffer Kritiker der gouvernementalen und militärischen Kriegsführung hervorgetan und war öffentlichkeitswirksam für das Prinzip der „Comités secrets“ sowie gegen die vermeintlichen Machenschaften Malvys und Caillaux' eingetreten. Nicht zuletzt aufgrund seiner zahlreichen Frontbesuche hatte er sich außerordentliche Popularität bei den Soldaten und in der Bevölkerung erworben. Obwohl 1908/09 nur wenige Monate tatsächlich Mitglied des Parti Radical, galt er vielen Zeitgenossen bis in die letzten Vorkriegsjahre aufgrund seiner linksrepublikanischen Vergangenheit während der frühen Dritten Republik als eine der großen Figuren des französischen Radikalismus. Das Selbstbild des „alten Jakobiners“³⁹ pflegte Clemenceau noch im Jahr 1917, auch wenn er realiter

38 Bock: *Parlementarisme de guerre* (wie Anm. 8), S. 211-275.

39 Aristide Jobert: *Souvenirs d'un ex-parlementaire*. Paris 1933, S. 155, zitiert nach ebd., S. 290.

bis dahin längst eine politische Rechtswendung vollzogen hatte. Seine persönliche Energie, seine Fähigkeit, die Kräfte des Landes neu zu bündeln, und sein erworbener Ruf, als Mann der Ordnung für eine antikollektivistische Politik zu stehen, erlaubten es ihm – wohl auch mangels echter Alternativen –, im Herbst 1917 auf breite parlamentarische Unterstützung zu bauen. Lediglich die Sozialisten hielten sich eindeutig fern. Als Regierungschef konnte Clemenceau somit auf die übliche „dosage“ bei der Kabinettsbildung weitgehend verzichten: Er installierte eine Art von persönlichem Regime und umgab sich mit politischen Vertrauten, darunter vor allem Radicaux und einige Modérés, die durch parteilose Experten ergänzt wurden.⁴⁰

Das Bild, das der französische Liberalismus in der Zeit der Ministerpräsidentschaft Clemenceaus bot, war daher von einiger Ambivalenz. Politiker des liberalen Spektrums besetzten wichtige Funktionen im Kabinett oder an der Spitze von Kommissionen. Dort verfügten sie allerdings nur dann über erweiterte persönliche Handlungsspielräume, wenn sie, wie im Falle des radikalsozialistischen Wirtschaftsfachmanns Étienne Clémentel, auf Kompetenzen zurückgreifen konnten, die dem Regierungschef selbst fehlten. Clemenceaus präponderante Stellung im Ministerrat und innerhalb der Exekutive generell, die ihm schon zeitgenössisch den Beinamen des „Diktators“⁴¹ eintrug, markiert daher die Möglichkeiten und Grenzen „liberaler“ Politik in seinem Umfeld. Differenziert präsentierte sich auch die Situation im Parlament. Dort nahm die Sitzungstätigkeit, die über den Kriegsverlauf hin kontinuierlich angewachsen war, auch nach November 1917 weiter zu. Clemenceau vertraute auf die ungeschützte Deliberation, machte die Debatten des Plenums wieder öffentlich und stellte sich kritischen Interpellationen ebenso wie drängenden Anfragen in den Kommissionen. Damit setzte er sich dem Risiko des parlamentarischen Scheiterns aus, ohne doch mehr als ein kalkuliertes Wagnis einzugehen: In einer Abgeordnetenversammlung, die 1917/18 noch knapp 480 Mitglieder zählte, musste die Regierung Clemenceau mit kaum mehr als etwa 100 oppositionellen Stimmen rechnen. In der politischen Praxis schlossen sich die Abgeordneten des republikanisch-liberalen Spektrums bis auf einzelne Ausnahmen dieser stabilen Mehrheit an, die ihre Motivation aus der national orientierten, auf totale Kriegsführung ausgerichteten, antisozialistischen und antipazifistischen Politik Clemenceaus bezog.⁴²

40 Berstein: *Parti Radical I* (wie Anm. 6), S. 69; Marcel Agulhon/André Nouschi/Antoine Olivesi/ Ralph Schor: *La France de 1848 à nos jours*. Paris 2008, S. 291; Jean-Jacques Becker: *Clemenceau, chef de guerre*. Paris 2012, S. 87-141; zur Gesamtbibliographie Clemenceaus vor allem Jean-Baptiste Duroselle: *Clemenceau*. Paris 1988.

41 Vgl. etwa Marie Bernain de Ravisie: *Sous la dictature de Clemenceau*. Paris 1926.

42 Bock: *Parlementarisme de guerre* (wie Anm. 8), S. 275-309; Roussellier: *Le parlement français* (wie Anm. 33), S. 25-28.

Systemtheoretisch formuliert, hatte die Herausbildung einer stabilen ministeriellen Exekutive im Zeichen der drohenden Niederlage zu einer bis dahin nicht dagewesenen präzisen Konturierung von Regierungsmehrheit und Opposition sowie zur Stärkung der regierungstragenden Funktion des Parlaments geführt. Akzeptabel war diese Selbstbindung für viele Liberale jedoch nur in der Ausnahmesituation des Krieges. Als Clemenceau Anstalten machte, Formen der Zurücksetzung des Parlaments in die Friedenszeit zu übertragen, und die Volksvertretung von jeglicher Einflussnahme auf die Friedensverhandlungen ausschloss, zerfiel seine parlamentarische Mehrheit. Im Scheitern seiner Kandidatur um das Amt des Staatspräsidenten im Januar 1920 manifestiert sich daher auch eine Gegenreaktion republikanisch-liberaler Politiker, die nicht mehr bereit waren, sich durch eine erstarkte Exekutive auf Dauer in die Defensive drängen zu lassen.

3. Bilder vom Krieg, vom Feind und vom Frieden

Außenpolitische Fragen haben in den liberalen Gruppierungen Frankreichs im Betrachtungszeitraum stets nur eine Minderheit von Interessierten bewegt. Soweit sich Positionen und Konzepte fassen lassen, gehen sie auf einzelne Vordenker zurück, sind Teil von eher abstrakt gehaltenen Parteiprogrammen oder reflektieren die Überlegungen kleiner parteiinterner Zirkel. Das gilt bereits während der Periode wachsender internationaler Spannungen seit der Jahrhundertwende. Erkennbar ist im Parti Radical das Bemühen, sich auf dem Feld der internationalen Politik sowohl vom Revanchegeist der nationalistischen Rechten als auch vom militanten Pazifismus der anwachsenden sozialistischen Bewegung abzugrenzen. Alternativ dazu setzte man weniger auf eine Politik der Blockbildung und des Mächtigegleichgewichts als auf die Idee der Friedenssicherung durch internationale Organisationen. So wurden die einschlägigen Passagen des Parteiprogramms 1907 von Léon Bourgeois' Konzept der „Solidarität“ beeinflusst. Das in seinem Kern sozialphilosophisch-gesellschaftspolitisch angelegte Reformprogramm des mehrfachen Ministers und Vertreters Frankreichs bei den Haager Friedenskonferenzen der Jahre 1899 und 1907 wies auch eine internationale Komponente auf. In Anlehnung daran warb Lucien Le Foyer innerhalb des Parti Radical etwa seit der Jahrhundertwende für den Gedanken der Konfliktregelung durch Entscheidungen eines Internationalen Gerichtshofs und für die Einrichtung einer „Société des Nations civilisées“.⁴³

43 Parti Républicain Radical et Radical-socialiste. Sixième Congrès annuel. Lille (Octobre 1906), Paris 1907, S. 140.

Zur breit verankerten außenpolitischen Doktrin der Partei avancierten solche Ideen jedoch nicht. In Parteiversammlungen stießen sie allenfalls auf „prinzipielle Zustimmung“, sofern man ihnen nicht ohnehin mit „höflichem Schweigen“ begegnete.⁴⁴ Deutlich gespalten zeigten sich die Radicaux in der brennenden Streitfrage der angemessenen Organisation der Landesverteidigung. In den Debatten um die „Loi de trois ans“ sah sich die Partei im Jahresverlauf 1913 einmal mehr vor die Aufgabe gestellt, traditionelle linksrepublikanische Positionen entweder politisch operationalisierbar zu machen oder aber zu modifizieren. Von einer einheitlichen Haltung blieb man jedoch weit entfernt: Zu schwer vereinbar war das in den Reihen der Partei verbreitete Anliegen, angesichts der „menace allemande“ öffentlich den eigenen Patriotismus zu demonstrieren, mit dem überkommenen Ideal der friedliebenden „République radicale“ oder auch mit dem Misstrauen vieler Radikaler gegenüber einer „reaktionär und klerikal“ geprägten Armee. Während die Mehrheit der Radicaux zusammen mit der nationalen Rechten für die Verlängerung des Wehrdienstes von zwei auf drei Jahre optierte, sympathisierte eine Minderheit um Caillaux mit Positionen der sozialistischen Linken und lehnte das Gesetz – allerdings vergeblich – ab.⁴⁵

Die liberale Mitte Frankreichs, das deutet sich hier an, war uneins in der „nationalen Frage“, jedoch verlief die politische Frontlinie nicht zwischen Alliance Républicaine Démocratique und Parti Radical, sondern durch den Linksliberalismus hindurch. Die rechte Mitte, wie sie sich in der Alliance fassen lässt, hatte bereits im Zuge der beiden Marokkokrisen von 1905 und 1911 eine klare Annäherung an außenpolitische Positionen der nationalen Rechten vollzogen. Man begann zu zweifeln an der Wirksamkeit des internationalen Interessenausgleichs und reagierte insbesondere auf die immer vernehmbareren militärkritischen Stellungnahmen der Sozialisten und der Gewerkschaft CGT, die man als unpatriotisch und gefährlich einschätzte. Etwa seit 1906 zeigte sich in der Parteipresse der Alliance ein wachsendes Interesse an militärischen Fragen. Da man eine kriegsrische Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Deutschland zunehmend in den Bereich des Möglichen rücken sah, unterstütz-

44 Lèon Bourgeois: *Solidarité*. Paris 1896; ders.: *Pour la Société des Nations*. Paris 1910. Vgl. dazu J.E.S. Hayward: *The official Social Philosophy of the French Third Republic: Léon Bourgeois and Solidarism*. In: *International Review of Social History* 6/1 (1961), S. 19-48, hier S. 41-46; Berstein: *Parti Radical I* (wie Anm. 6), S. 64 (Zitate); Catherine Nicault: *Léon Bourgeois, militant de la Paix (1899-1918)*. In: Alexandre Niess/Maurice Vaïsse (Hrsg.): *Léon Bourgeois (1851-1925). Du solidarisme à la Société des Nations*. Langres 2006, S. 43-72; Scott G. Blair: *Les origines en France de la SDN. Léon Bourgeois et la Commission interministérielle d'Études pour la Société des Nations (1917-1919)*. In: ebd., S. 73-102; Grüner: *Arbeit, Bildung, Alterssicherung* (wie Anm. 16), S. 276ff.

45 *Parti Républicain Radical et Radical-socialiste. Treizième Congrès du Parti Républicain Radical et Radical-socialiste, tenu à Pau les 16, 17, 18 et 19 octobre 1913*. Paris 1913; Berstein: *Parti Radical I* (wie Anm. 6), S. 65-67; Lévêque: *Forces politiques* (wie Anm. 6), S. 93; Krumeich: *Aufrüstung und Innenpolitik* (wie Anm. 2), S. 79-86, 121-138.

te man seit Frühjahr 1913 die symbolträchtige „Loi de trois ans“ in ungewöhnlich einmütiger Weise.⁴⁶

Als sich nach der „trêve des partis“ der frühen Kriegszeit das Parteileben ab 1916/17 neu regte, tat sich, quellenmäßig fassbar, im republikanisch-liberalen Milieu vor allem die Presse der Alliance mit intensiven propagandistischen Anstrengungen hervor. Der Bezug auf deutsche Gewalttaten in Nordfrankreich und in Belgien fungierte als Leitmotiv bei der Repräsentation des Feindes; der Krieg stellte sich durchweg als Auseinandersetzung zwischen deutscher Barbarei und französischer Zivilisation dar. Damit griff die rechtsliberale Presse Schlüsselbegriffe auf, die bei unterschiedlicher Akzentsetzung über die politischen Lagergrenzen hinweg weithin konsensfähig waren.⁴⁷ Es erstaunt vor diesem Hintergrund kaum, dass rechtsliberale Politiker auch schon früh eigene Stellungnahmen zu den französischen Kriegszieldebatten beisteuerten. Zu einem Zeitpunkt, da sich regierungsoffizielle Stellen noch zurückhaltend zeigten, schloss sich die Alliance in ihren Forderungen dem Hauptstrom der patriotischen und nationalistischen Kräfte an. Man ging wie selbstverständlich von dem parteiübergreifend vertretenen Ziel der Rückgewinnung Elsass-Lothringens aus, forderte darüber hinaus Reparationen und lancierte den Gedanken der territorialen Zerstückelung Deutschlands; auch wurden wieder einmal Ansprüche auf die „frontières naturelles“, also auf das linke Rheinufer, und auf weitere „Garantieleistungen“ formuliert.⁴⁸

In sich gespalten, widersprüchlich und ohne klare Festlegung seitens der Parteispitze präsentierte sich demgegenüber der Parti Radical. Zwar mahnte die Parteipresse noch in der Frühphase des Krieges zur Zurückhaltung im Hinblick auf den Revanche-Gedanken, da daraus nur eine Kaskade von Gewalt und Gegengewalt entstehen könne. Auch schlossen sich sämtliche Radicaux im Verlauf der sechsten Geheimsitzung der Abgeordnetenkammer vom Juni 1917 einem „Ordre du jour“ an, der die Rückkehr Elsass-Lothringens zu Frankreich und die „gerechte Reparation der Kriegsschäden“ forderte, von jeglichem „Geist der Eroberung und der Unterdrückung fremder Völker“ je-

46 Sanson: *L'Alliance Républicaine* (wie Anm. 9), S. 375-389.

47 Raithel: „Wunder“ der inneren Einheit (wie Anm. 11), S. 105-113, 345-356 u. 371-380; Michael Jeismann: Propaganda. In: Hirschfeld/ Krumeich/ Renz (Hrsg.): Enzyklopädie (wie Anm. 10), S. 198-209; ders.: Das Vaterland der Feinde. Studien zum nationalen Feindbild und Selbstverständnis in Deutschland und Frankreich 1792-1918. Stuttgart 1992, S. 339-373.

48 *L'Alliance Républicaine Démocratique*, 24.1.1915; ebd., 27.8.1916; ebd., 24.6.1917 (Zitat); Sanson: *L'Alliance Républicaine* (wie Anm. 9), S. 427-448; Pierre Renouvin: Die Kriegsziele der französischen Regierung 1914-1918. In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 17 (1966), S. 129-158; D. Stevenson: *French war aims against Germany 1914-1919*. Oxford 1982; Georges-Henri Soutou: *L'or et le sang. Les buts de guerre économiques de la Première Guerre mondiale*. Paris 1989; ders.: Die Kriegsziele des Deutschen Reiches, Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten während des Ersten Weltkrieges: ein Vergleich. In: Wolfgang Michalka (Hrsg.): *Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse*. München/ Zürich 1994, S. 28-53.

doch Abstand nahm; „dauerhafte Garantien“ seien für Frankreich in erster Linie aus der Errichtung einer „Société des Nations“ zu gewinnen. Bei näherem Hinsehen wird deutlich, dass die positive Sanktion der Regierungspolitik zu einem Zeitpunkt erfolgte, da den Kammerabgeordneten weitergehende Kriegsziele auf indirekte Weise bereits bekanntgegeben worden waren: Diese sahen im Nordosten des Landes die Rückkehr zu den Grenzen von 1790 vor, was unter anderem die Annexion der Saarregion durch Frankreich bedeutet hätte. Weitere deutsche Gebiete links des Rheins sollten neutralisiert, als Pufferstaaten organisiert und zeitweise besetzt werden.⁴⁹

Erst im zeitlichen Umfeld des Waffenstillstands sowie während und nach dem Friedenskongress von Paris klärten sich die Positionen im Parti Radical: Nur eine Minderheit im Umfeld der Zeitschrift „La Vérité“ hielt an der von Léon Bourgeois inspirierten Vorkriegsdoktrin fest. Die Mehrheit unterstützte harsche deutschlandpolitische Konzepte, wie sie im näheren Umfeld der Partei im „Comité de la rive gauche du Rhin“ vertreten wurden. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, fand sich daher nahezu die Gesamtheit der radikalsozialistischen Kammerabgeordneten bereit, den Friedensvertrag von Versailles zu ratifizieren. Die Vorbehalte, die gleichwohl formuliert wurden, zielten auf vermeintliche Schwächen ab: auf unzureichende Abrüstungsvorschriften, auf unbefriedigende Regelungen in der Saarland- und Rheinlandfrage sowie auf ein Völkerbunds-konzept, das keine eigenen Streitkräfte zur Friedenssicherung vorsah.⁵⁰ Von den Positionen, die in der Alliance vertreten wurden, unterschieden sich jene der Radicaux zu diesem Zeitpunkt nurmehr unwesentlich.⁵¹

4. Kriegswirtschaft und ökonomische Reform

Versucht man sich der Praxis liberaler Politik im Frankreich des Ersten Weltkriegs anzunähern, stößt man unweigerlich auf die Rolle des Staates in der Kriegswirtschaft und damit auf die Tätigkeit von Étienne Clémentel. Zwischen Oktober 1915 und November 1919 hatte dieser die Leitung des Handels- und Industrieministeriums inne, zeitweise ergänzt um das Arbeits-, Landwirtschafts- und Marineressort. Innerhalb von etwas mehr als vier Jahren entwickelte sich der radikalsozialistische Politiker Clémentel so zum wohl einflussreichsten Regierungsmitglied seiner Partei. Unter seiner Ägide wuchs das bis

49 Le Radical, 13.8.1914; zum Verlauf des sechsten Comité secret der Abgeordnetenkammer vom 1.-4.6.1917: George Bonnefous: Histoire politique de la Troisième République. Bd. 2: La Grande Guerre 1914-1918. Paris 1957, S. 241-267, hier S. 265 (Zitate); Berstein: Parti radical I (wie Anm. 6), S. 90-93.

50 Berstein: Parti radical I (wie Anm. 6), S. 97-103.

51 Sanson: L'Alliance (wie Anm. 9), S. 456 f.

dahin zweitrangige Handelsministerium in die Rolle eines Schlüsselressorts, dem zusammen mit dem Rüstungsministerium die Umstellung der französischen Wirtschaft auf die Erfordernisse des Krieges zufiel. Die wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume, die sich Clémentel neben seinen Kollegen an der Spitze des „Ministère de l'Armement“, dem Sozialisten Albert Thomas und dem parteilosen Louis Loucheur, erwarb, hatten konkrete Grundlagen: Verfügte er doch über die nachhaltige Unterstützung der radikalsozialistischen Kammergruppe ebenso wie über anerkannte Fachkompetenz, die sich der Jurist und wirtschaftspolitische Autodidakt im Amt erworben hatte.⁵²

Ähnlich der Situation in anderen kriegführenden Staaten, lagen in Frankreich im Jahr 1914 keine Konzepte für einen langwierigen, industriell geprägten Abnutzungskrieg bereit. Erschwerend kam hier hinzu, dass bis Jahresende 1914 ein großer Teil der montanindustriellen Produktionskapazitäten im Nordosten des Landes verlorengegangen war, deutsche Lieferungen in Schlüsselbereichen wie dem Maschinenbau hingegen ausblieben.⁵³ Auf eine Phase der improvisierten Ressourcenschöpfung folgte angesichts dieser Lage eine allmähliche Ausweitung staatlicher Interventionsmaßnahmen. Jenseits reiner Rüstungsfragen, die nicht in die Zuständigkeit des Handelsministeriums fielen, konzentrierte man sich dort zunächst auf Fragen der ökonomischen Kriegsführung im Bereich des internationalen Handels, bevor um 1916 das drängende Problem der Abstimmung von Rohstoffversorgung und nationaler Produktion in den Mittelpunkt trat. Als Kernstück der staatlichen Wirtschaftslenkung unter Kriegsbedingungen fungierten sogenannte „Konsortien“: Sie waren jeweils einem bestimmten Rohstoff oder Industrieprodukt zugeordnet und vereinten Hersteller wie Importeure in institutionalisierten Gesprächskreisen. Ihnen gegenüber traten staatliche Stellen, allen voran das Handelsministerium, als Vermittler und steuernde Instanzen auf, denen die Kontrolle von Preisgestaltung, Rohstoffverteilung und unternehmerischen Gewinnmargen zukam. Zur Absicherung des Zugriffs auf internationale Rohstoffvorräte und zur Erweiterung des französischen ökonomischen Einflusses in Europa plädierte man außerdem für die Zusammenarbeit mit Großbritannien und für die Schaffung von Zollunionen mit Belgien und Italien.⁵⁴

Im Laufe des Krieges rückte für Clémentel und den „Thinktank“ von Wirtschaftsexperten, den er im Ministerium um sich versammelt hatte – Hochschuldozenten, Ingenieure, Juristen und ehemalige Geschäftsleute wie Jean

52 Bislang existiert keine Gesamtbibliographie zu Clémentel, vgl. daher: Guy Rousseau: Étienne Clémentel (1864-1936): Entre idéalisme et réalisme, une vie politique (essai biographique). Exposition 24 novembre 1998 – 23 janvier 1999. Clermont-Ferrand 1998.

53 Gerd Hardach: Industrial Mobilization in 1914-1918: Production, Planning, and Ideology. In: Patrick Fridenson (Hrsg.): The French Home Front 1914-1918. Providence/ Oxford 1992, S. 57-88.

54 Soutou: Kriegsziele (wie Anm. 48), S. 35 f.; ders.: L'or et le sang (wie Anm. 48), S. 234-245, 481-492 und passim.

Monnet – zunehmend das nationale wirtschaftspolitische Reformpotential der Lenkungsmaßnahmen in den Mittelpunkt. So entwickelte man seit 1917 vermehrt Pläne für die Modernisierung der französischen Nachkriegswirtschaft. Im Kern ging es um die Fortentwicklung der liberalen Marktökonomie der Vorkriegszeit, deren Schwächen im Krieg offenbar geworden waren. Im Sinne eines dritten Weges jenseits sozialistischer Konzepte setzte man auf die Implementierung „etatistisch-korporatistischer“ Elemente in das Wirtschaftssystem des Landes: Staatlich geduldete und beaufsichtigte Produktionskartelle, nationale Arbeitgebervereinigungen und regionale Wirtschaftskammern sollten die Vorzüge koordinierter Interessen und staatlicher Lenkung in die Friedenszeit übertragen, die industrielle Konzentration und Produktivität steigern sowie der individualistischen, kleinteiligen Prägung der französischen Wirtschaftsstruktur entgegenwirken. Ein nationales Produktionsministerium würde künftig zentrale Planungsaufgaben übernehmen.⁵⁵ Um nach Kriegsende international wettbewerbsfähig zu sein, musste in der französischen Industriewirtschaft nach Ansicht der Reformen ein modernes Produktionsregime Einzug halten, das von Maßnahmen zur Standardisierung und zur Förderung der Massenproduktion, von industriell getragener Forschungstätigkeit und staatlich unterstützten Produktionskartellen gekennzeichnet sein sollte.⁵⁶

Diese ambitionierten Entwürfe scheiterten 1918/19 in ihren wesentlichen Teilen am Widerstand, den die Unternehmerschaft dem modifizierten Beibehalt der „Konsortien“ entgegensetzte; auch die auslaufende Notwendigkeit, alliierten Forderungen nach rationaler Organisation der französischen Produktionswege nachzukommen, wirkte in diesem Sinne. So schwand die gewohnte politische Rückendeckung für den Handelsminister. Angesichts des massiven Drucks, den regionale Handelskammern, Unternehmervereinigungen sowie wirtschaftsliberal gesonnene Politiker und Ökonomen in der ersten Jahreshälfte 1919 zugunsten des Abbaus von kriegswirtschaftlichen Steuerungsinstanzen entfalteten, war die Entmachtung Clémentels nurmehr eine Frage der Zeit. Noch bevor er im November 1919 sein Abgeordnetenmandat verlor und daraufhin zurücktrat, avancierte sein Kabinettskollege Loucheur zur tonangebenden wirtschaftspolitischen Autorität im Kabinett Clemenceau. Mit ihm ge-

55 Richard F. Kuisel: *Capitalism and the state in modern France. Renovation and economic management in the twentieth century.* Cambridge u.a. 1981, S. 37-48, hier S. 44 (Zitat); John F. Godfrey: *Industrial Policy and Bureaucracy in France 1914-1918.* Leamington Spa/Hamburg/New York 1987, S. 82-143; Michel Letté: *Le rapport d'Étienne Clémentel (1919). L'avènement administratif des technocrates et de la rationalisation.* In: *Documents pour l'histoire des techniques* 20/2 (2011), S. 167-195.

56 Vgl. dazu die Bestandsaufnahmen, Analysen und Empfehlungen eines annähernd 2.400 Seiten umfassenden Berichts: *Ministère du Commerce, Rapport général sur l'industrie française, sa situation, son avenir. D'après les travaux des sections du Comité Consultatif des Arts et Manufactures et de la Direction des études techniques.* 3 Bde. Paris 1919; dazu eingehend Letté: *Le rapport* (wie Anm. 55).

wann und behielt die Maxime der raschen Rückkehr zur freien Marktwirtschaft die Oberhand.⁵⁷

III. Fazit

Die notwendigerweise knapp gehaltenen Analysen dieses Beitrags zeigen einen von Krisenphänomenen erfassten Liberalismus; eine eindimensionale Geschichte des Niedergangs und der politischen Domestizierung lassen sie jedoch nicht erkennen.

Zweifellos verdeutlicht das Gesagte die weitreichende Bereitschaft von Liberalen linker und rechter Provenienz, am Krieg der Ideen und der Feindbilder teilzunehmen. Deutlich auszumachen ist diese Tendenz in der Alliance, doch wirksam blieb sie selbst im Parti Radical: Sofern es dort eine Minderheit gab, die gewillt war, den weitreichenden Kriegszielen der Regierung Widerstand entgegenzusetzen, so manifestierte sie sich weder in der Parteipresse noch in den parlamentarischen Debatten. Zu den idealistisch getönten Parteitagsdeklarationen der Vorkriegszeit stand diese Haltung in einem unvermittelten Gegensatz. In diesem Sinne blieben französische Liberale in ihrer überwältigenden Mehrheit der Praxis der „Union sacrée“ auch dann noch verbunden, als diese im Kriegsverlauf zunehmend konservativ-nationalistischen Charakter annahm. Die außen- und koalitionspolitischen Konzepte, die sich mit den Namen von Joseph Caillaux und Jean-Louis Malvy verknüpften, konnten sich im liberalen Spektrum zu keinem Zeitpunkt durchsetzen.

Die dauerhafte Aufweichung von Bürgerrechten im Zeichen des kriegsbedingten Ausnahmerechts tolerierte man jedoch nicht, und auch der symbolpolitische Funktionsverzicht des Parlaments wurde auf Betreiben der republikanisch-liberalen Kammermehrheit seit 1915 rückgängig gemacht. Als Ergebnis eines intensiv gepflegten „Kriegsparlamentarismus“ blieb die militärische Macht im Staat politisch eingeeht. Eine Militarisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, die in ihrem Ausmaß dem deutschen Fall auch nur annähernd gleichgekommen wäre, erfolgte in Frankreich nicht. Es gelang vielmehr, die Vorrangstellung des Parlaments im Spiel der Gewalten und damit eine zutiefst liberal inspirierte Errungenschaft der Vorkriegszeit über den Krieg hinaus zu erhalten. Die Wirkungen waren ambivalent: Das Fortleben der parlamentarischen Kontroll- und Gesetzgebungstätigkeit erhöhte die Effektivität der Kriegsanstrengungen, hielt die überwiegend integrativ wirksame Kraft des

57 Kuisel: *Capitalism and the state* (wie Anm. 55), S. 41–43 u. 48–58; Adrian Rossiter: *Experiments with corporatist politics in Republican France, 1916–1939*. PhD Oxford 1986, S. 34–56 u. 69; Marc Trachtenberg: „A New Economic Order“: Étienne Clémentel and French Economic Diplomacy during the First World War. In: *French Historical Studies* 10/2 (1977), S. 315–341.

parlamentarischen Diskurses am Leben und schob dem Regimewechsel einen Riegel vor. Mittelfristig überdauerte damit aber auch die deliberative Form des französischen Parlamentarismus unverändert in die Zwischenkriegszeit und mit ihr die Praxis häufiger Regierungsstürze innerhalb eines systemischen Rahmens, der von Stabilität in der Instabilität gekennzeichnet war.

Das wohl erstaunlichste und weitreichendste Innovationspotential liberaler Politik manifestierte sich hingegen auf dem Feld der Kriegswirtschaft. Lange bevor die Folgen der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre das Leitbild des ökonomisch intervenierenden Staates auch in Frankreich mit bis dahin ungekannter Anziehungskraft versahen, wandte sich eine Minderheit linksliberaler Politiker und Wirtschaftsexperten zwischen 1914 und 1918 von der Vorkriegsordnung der Wirtschaft ab und stellte tradierte Auffassungen vom freien Spiel der ökonomischen Kräfte in Frage. Angesichts der gegebenen Dominanz von orthodox wirtschaftsliberalen Vorstellungen in der zeitgenössischen Wirtschaftskultur Frankreichs kamen vergleichbare Konzepte eines weithin staatlich gelenkten ökonomischen Wiederaufbaus freilich erst nach dem Zweiten Weltkrieg zum Zug.